

Juni 2000

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Zentralrat lehnt Internationale Organisation für Migration als "Partnerorganisation" für Zwangsarbeiter-Entschädigung ab

In einem Schreiben an Bundesfinanzminister Hans Eichel lehnte heute der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, die geplante Beauftragung der "Internationalen Organisation für Migration" (IOM) in Genf als Vergabestelle für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter der Sinti und Roma und anderer Verfolgten in Deutschland und im Ausland ab.

Diese Unterorganisation der UN habe sich vor allem mit rassistischen Äußerungen disqualifiziert, schrieb Rose. So beschuldigte die IOM in einer am 20. Juni dieses Jahres veröffentlichten "Studie über illegale Flüchtlinge" pauschal "Roma" als Drahtzieher der "großen mafia-ähnlichen Menschenschmuggler-Banden" in osteuropäischen Staaten.

"Die UN-Organisation schürt mit solchen Pauschalbeschuldigungen 'der Roma' in der Bevölkerung Hass und Sympathien für gewaltbereite rechtsextreme Organisationen", erklärte der Zentralratsvorsitzende. Außerdem verfüge die IOM über keinerlei praktische Erfahrung für eine angemessene und rasche Bearbeitung der Anträge der hochbetagten Überlebenden. Eine solche Organisation könne den Überlebenden des Holocaust nicht zugemutet werden, so Rose an Eichel.

Der Zentralratsvorsitzende forderte den Bundesfinanzminister erneut auf, ein qualifiziertes Vergabegremium einzurichten, in dem die Opferorganisationen mitvertreten sind.